

## 1. Gemeinschaftskunde-Klassenarbeit, Klasse 11

### Thema: Grundstruktur der „Sozialen Marktwirtschaft“, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

1. Wir unterscheiden verschiedene Arten von Bedürfnissen. Welche? Je ein Beispiel.
2. Erarbeiten Sie Gründe für die Standortwahl von Industriebetrieben.
3. Vergleichen Sie die beiden idealtypischen Wirtschaftsordnungen in einer zusammenhängenden Darstellung.
4. Ein Konjunkturzyklus wird durch den Ablauf von vier Phasen beschrieben. Stellen Sie diese vier Phasen in einem Koordinatensystem zeichnerisch dar, beschriften Sie den Konjunkturzyklus und die x- und y-Achse mit der entsprechenden Bezeichnung.
5. Beschreiben Sie die Entwicklung einer der von Ihnen genannten Phasen bis zum Erreichen der nächsten Phase und erläutern Sie in einem zweiten Schritt die zu dieser Phase möglichen konjunkturpolitischen Maßnahmen.
6. Erläutern Sie folgende Aussage: „Für den Gesetzgeber in der Bundesrepublik gibt es bei der Gestaltung der Wirtschaftsordnung wesentliche Richtpunkte und nicht überschreitbare Grenzen.“

[www.klassenarbeiten.de](http://www.klassenarbeiten.de)

### Aufg. 1.)

**Bedürfnisse** werden in vier Gruppen gegliedert:

1. nach der Art der Befriedigung:

- Individualbedürfnisse können von einem Menschen alleine befriedigt werden (z.B. das Bedürfnis Schuhe zu kaufen)
- Kollektivbedürfnisse können nur von einer ganzen Gemeinschaft (z.B. Staat) befriedigt werden (z.B. das Bedürfnis nach Sicherheit)

2. nach ihrer Dringlichkeit:

- *Existenzbedürfnisse* umfassen die Bedürfnisse nach ausreichender Nahrung, Flüssigkeit, Wohnraum und Sicherheit
- *Grundbedürfnisse* umfassen die Bedürfnisse nach Gesundheit, Umwelt und Kleidung und Ähnlichem
- *Luxusbedürfnisse* umfassen die Bedürfnisse nach luxuriösen Gütern und Dienstleistungen
- *Komplementärbedürfnisse* sind Bedürfnisse, welche erst durch die Befriedigung eines Bedürfnisses hervorgerufen werden. Zum Beispiel hat das Bedürfnis nach einer grösseren Wohnung zur Folge, dass ein Bedürfnis nach neuen Einrichtungsgegenständen wie Möbel und Teppiche entsteht.

3. nach der Konkretheit

Bei dieser Gruppe der Bedürfnisarten ist zu unterscheiden nach

- materiellen Bedürfnissen,
- immateriellen Bedürfnissen

Materielle Bedürfnisse zielen auf stoffliche Gegenstände, wie z.B. das Verlangen nach Brot, einem Farbfernseher oder einem Handy.

Immaterielle Bedürfnisse werden dagegen im religiösen, ethischen oder geistigen Bereich befriedigt, wie z.B. das Verlangen nach gesellschaftlichem Prestige, Macht, Gerechtigkeit, Geborgenheit, einem Theaterbesuch.

4. nach der Bewusstheit

Bedürfnisse, die von uns konkret verspürt werden, wie beispielsweise das Verlangen nach Lob oder Nahrung, werden als bewusste oder offene Bedürfnisse bezeichnet. Andere, die unterschwellig empfunden werden, sind den latenten oder verdeckten Bedürfnissen zuzuordnen.

### Aufg. 2.)

Bei der Standortwahl von Industriebetrieben spielen verschiedene Faktoren eine Rolle:

- Günstige Verkehrsanbindung
- Förderprogramme für Investitionen
- Günstige Steuern und Abgaben
- Wirtschaftsförderung
- Erfolgreiche Unternehmen und Branchen
- Zukunftsweisende Branchenkompetenzfelder
- Attraktive Gewerbeflächen, Industrie- und Bürostandorte verfügbar
- Motivierte und qualifizierte Arbeitnehmer
- Hervorragende Bildungslandschaft
- Hohe Lebensqualität

### Aufg. 3.)

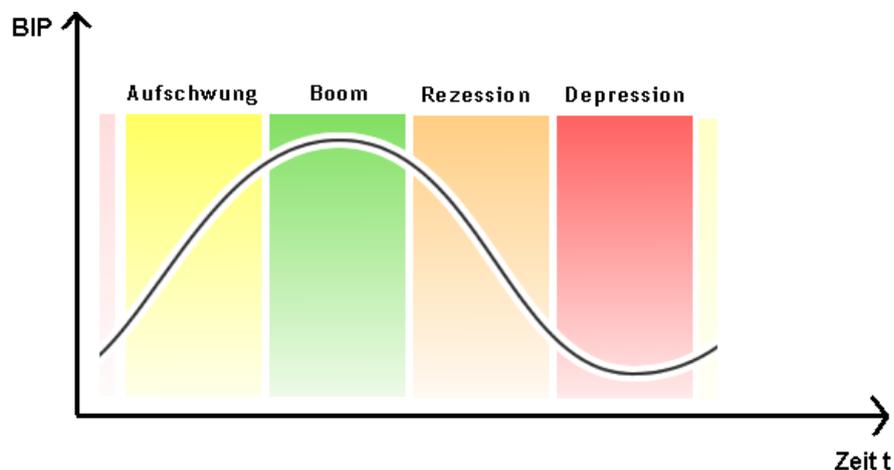
#### **Freie Marktwirtschaft**

- Dezentrale Planung durch die Produzenten und die Konsumenten
- Privateigentum an Produktionsmitteln, freie Unternehmensgründung
- Freier Arbeitsmarkt, Vertragsfreiheit
- Koordinierung der Einzelpläne durch die Signalfunktion der Marktpreise
- Belohnung wirtschaftlicher Leistungen durch Gewinn
- Sanktionierung von Fehlleistungen durch Verlust (bis zum Konkurs)
- Setzung von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch den Staat

#### **zentralgeleitete Planwirtschaft**

- Zentrale Planung durch den Staat
- Staatliches Eigentum an Produktionsmitteln
- Staatlich geregelter Arbeitsmarkt, keine Vertragsfreiheit
- Koordinierung der Einzelpläne durch die Planungsbehörde
- Belohnung plangerechter Leistungen durch Prämien, Titel und Orden
- Sanktionierung von Fehlleistungen gegenüber dem Plan durch Kontrolle
- Totaler Staatseingriff in die Wirtschaft

### Aufg.4.)



## Aufg. 5.)

### **Expansive Phase (Aufschwung)**

Als expansive Phase bezeichnet man die Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs. Sie ist geprägt durch steigende Auftragsbestände und Produktionen, das Sinken der Arbeitslosenquoten, eine tendenziell wahrnehmbare jedoch noch geringe Preissteigerung, niedrige Zinsen mit steigender Tendenz sowie optimistische Prognosen betreffend der wirtschaftlichen Entwicklung.

### **Hochkonjunktur (Boom)**

In der Phase der Hochkonjunktur (obere Wendepunktphase, Boom) sind aufgrund von starker Nachfrage die Kapazitäten einer Wirtschaft voll ausgelastet. Es herrscht Vollbeschäftigung. Das Lohnniveau steigt, allerdings ziehen auch die Preise und die Zinsen weiter an. Die Produktion wird solange gesteigert, bis eine Überhitzung des Marktes eintritt - wenn also steigende Zinsen aufgrund erhöhter Kreditnachfrage und vermehrte Fehlinvestitionen aufgrund übermäßig optimistischer Erwartungen immer mehr Unternehmen Probleme bereiten. Man spricht auch von Marktsättigung. Merkmale eines gesättigten Marktes:

- Marktvolumen steigt nur noch in geringem Umfang
- Teilmärkte werden von Stagnation oder Schrumpfung erfasst
- Preisverfall
- weniger produktive und viele kleine Unternehmen scheiden aus dem Markt aus
- Unternehmensübernahmen verstärken Konzentrations- und Konsolidierungsprozesse
- polypolistische Marktstrukturen werden durch oligopolistische Strukturen ersetzt

Von nun an nimmt das Bruttoinlandsprodukt zwar noch weiter zu, jedoch mit sinkenden Wachstumsraten, eine Wende wurde somit eingeleitet. Die Phase des Abschwungs wurde eingeleitet.

### **Rezession**

Die Rezession (Abschwung, kontraktive Phase) bezeichnet die Konjunkturphase, in der eine Stagnation bis hin zum Abschwung der Wirtschaft auftritt. Die am meisten verbreitete Definition besagt, dass eine Rezession vorliegt, wenn die Wirtschaft drei Quartale nacheinander nicht wächst, bzw. ein Rückgang zu verzeichnen ist (sinkendes Bruttoinlandsprodukt), allerdings verglichen mit dem jeweiligen Quartal des Vorjahres (nicht im Vergleich zum Quartal direkt vor dem betrachteten!). Eine Rezession hat üblicherweise Kursverluste an der Börse zur Folge. Verschärft sich eine Rezession bzw. kommt es zu einer längeren kontraktiven Phase, spricht man von Depression.

Die Rezessionsphase ist gekennzeichnet durch:

- Abschwächung der Hochkonjunktur
- pessimistische Beurteilung der Wirtschaftslage
- Rückgang der Nachfrage
- überfüllte Lager
- Abbau von Überstunden und beginnende Kurzarbeit
- fehlende Investitionen
- teilweise Stilllegung von Produktionsanlagen
- stagnierende bzw. sinkende Preise, Löhne und Zinsen

## **Konjunkturtief**

Ein Konjunkturtief ist der Tiefstand nach dem Abschwung einer Volkswirtschaft. Verstärkt wird sie durch Strukturkrisen, in denen über einen längeren Zeitraum die wirtschaftliche Tätigkeit (wie es etwa das Bruttoinlandsprodukt anzeigt) zurückgeht, die Börsenkurse fallen, die Arbeitslosigkeit stark ansteigt und Deflation aufkommt, d. h. das Preisniveau sinkt, Güter werden billiger.

Die ebenfalls häufig verwendete Bezeichnung Depression (von lat. deprimere = niederdrücken) meint im eigentlichen Sinne nicht ein Konjunkturtief, sondern eine negative Wachstumsrate, also ein sinkendes, absolutes Bruttoinlandsprodukt. Häufig wird der Begriff Depression mit der Weltwirtschaftskrise am Ende der 1920er Jahre in Zusammenhang gebracht, wo er erstmals genannt wurde. Diese Depression war geprägt von einer Massenarbeitslosigkeit bisher unbekanntes Ausmaßes. Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise war der Zusammenbruch der Börsen am so genannten schwarzen Freitag.

Den Befürwortern psychologischer Gründe für Wirtschaftskrisen zufolge liegt der Hauptgrund für eine Depression in einem Vertrauenszusammenbruch der Bevölkerung in das Wirtschaftssystem. Angst vor Jobverlust führt ihnen zufolge zu verminderten Ausgaben, die wiederum zu vermehrten Entlassungen führen. Andere machen wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen verantwortlich (im Fall der Weltwirtschaftskrise z. B. übermäßiger Protektionismus und mangelnde Maßnahmen um Einflüsse von Kursverlusten auf wichtige Märkte zu reduzieren) oder andere Faktoren - exogene Einflüsse, Herdentrieb bei Investitionen, usw.

### **Konjunkturpolitische Maßnahmen:**

Die Klassiker kannten zwar schon das Phänomen konjunktureller Schwankungen, sie erklärte diese aber mit singulären Ereignissen (Schocks) wie Missernten oder dem Platzen von Spekulationsblasen. William Stanley Jevons machte Sonnenflecken für Konjunkturschwankungen verantwortlich. Dadurch seien die Ernten beeinflusst. Dass exogene Schocks Auslöser von Konjunkturen sein können, findet neuerdings in Gestalt von real business cycle-Modellen wieder größere Beachtung.

Der Keynesianismus versteht hingegen Konjunkturen als Ausdruck temporärer Ungleichgewichte auf den Güter- und Faktormärkten, die ihren Ausdruck z. B. in Unterkonsumtion oder in Überinvestitionen fänden. Ein Beispiel für eine solche Überinvestition (der Begriff Fehlinvestition wäre angebrachter, da nur ein Teil der Wirtschaft betroffen war) findet man in den USA in den Jahren 1999/2000, als im Vertrauen auf die New Economy erhebliche Investitionen in IT-Ausrüstungen und -Unternehmen getätigt wurden, die sich bald als zu optimistisch herausstellten, was eine der Ursachen für die Rezession 2001 war. Da Keynesianer Marktungleichgewichte bzw. Strukturkrisen als Auslöser derartiger Rezessionen ansehen, sehen sie auch die Möglichkeit, dass die Wirtschaftspolitik die Wirkungen konjunktureller Schwankungen abmildern kann, indem sie z. B. in der Rezession die fehlende private durch staatliche Nachfrage ersetzt (antizyklische Wirtschaftspolitik). Der Ansatzpunkt des Keynesianismus um der Gleichgewichtsstörung entgegenzuwirken ist, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch Konsumsteigerung (nachfrageorientiert) oder Investitionen in die Infrastruktur bzw. Wirtschaft (angebotsorientiert) gestärkt werden müsse.

Der Monetarismus schließlich fasst hingegen Konjunkturen als die Folge von staatlichen Eingriffen in den Wirtschaftskreislauf auf. Insofern empfehlen sie der Finanz- wie der Geldpolitik konjunkturpolitische Abstinenz. Statt dessen soll die Politik festen Regeln folgen, Eingriffe in den Markt möglichst vermeiden und das langfristige Wachstum fördern. Der Ansatzpunkt des Monetarismus um der Gleichgewichtsstörung entgegenzuwirken ist, dass man das gesamtwirtschaftliche Angebot durch Verbesserung der Produktions- und Leistungsbedingungen stärkt.

Die Neue Politische Ökonomie verweist auf die Möglichkeit politisch induzierter Konjunkturschwankungen.

### Aufg. 6.)

Das System der sozialen Marktwirtschaft prägt die Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Mit diesem System hat sich die Bundesrepublik über Jahrzehnte ein hohes Maß an Wohlstand für breite Kreise der Bevölkerung und sozialen Frieden erworben. Dessen ungeachtet ist nicht zu leugnen, dass sich das Modell der sozialen Marktwirtschaft - und damit eng verbunden das Modell unseres Sozialstaats - aktuell in einer Krise befindet. Einerseits vermag der Staat seine Umverteilungsaufgaben mit dem überkommenen Instrumentarium kaum mehr zu bewältigen. Andererseits werden vertraute soziale Sicherungsmechanismen als Hemmnis für den im internationalen Wettbewerb stehenden Standort Deutschland empfunden.

Was aber sind nun die wesentlichen Merkmale der bundesdeutschen Wirtschaftsverfassung? Welche Aussagen zur Wirtschaftsordnung trifft das Grundgesetz? Um es kurz vorwegzunehmen: Das Grundgesetz zeichnet sich einerseits durch seine grundsätzliche wirtschaftspolitische Neutralität, andererseits jedoch auch durch eine Reihe relevanter wirtschaftsverfassungsrechtlicher Grundaussagen aus, die - insbesondere im Bereich grundrechtlicher Bindungen - den gesetzgeberischen Spielraum durchaus nicht unerheblich einschränken. Gleichzeitig verzichtet das Grundgesetz aber auf jede ausdrückliche wirtschaftspolitische Programmatik.

Werfen wir also einen Blick auf die für die wirtschaftliche Betätigung relevanten - die Gesetzgebung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht bindenden - Grundrechte. Das Grundgesetz garantiert in seinem Artikel 14 das Privateigentum einschließlich des unternehmensbestimmten Eigentums und seiner ökonomischen Nutzbarkeit. Es gewährt in Art. 12 Abs. 1 Satz 1 Berufs- und damit auch Gewerbe- und Unternehmerfreiheit sowie das Recht der freien Wahl des Arbeitsplatzes und der Ausbildungsstätte. Ferner gewährleistet die Verfassung in Art. 11 Abs. 1 das Recht, an jedem Ort im Bundesgebiet Aufenthalt und Wohnung zu nehmen. Allen Deutschen wird in Art. 9 Abs. 1 GG das Recht der Gründung von Handelsgesellschaften sozietärer und korporativer Art, das Recht der Betätigung in solchen Vereinigungen, des Austritts, der Auflösung und des Fernbleibens von Korporationen gewährt. Die Freiheit des Abschlusses von Verträgen und der autonomen Vertragsinhaltsbestimmung ist, sofern nicht spezielle Garantien betroffen sind, Bestandteil der in Art. 2 Abs. 1 GG gewährleisteten allgemeinen Handlungsfreiheit. Schließlich eröffnet Art. 9 Abs. 3 GG das Recht, Koalitionen zu gründen, ihnen beizutreten oder fernzubleiben und über die Koalitionen die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen in einer Ordnung der sozialen Selbstverwaltung privatautonom festzulegen.